

Mehr europäische Souveränität in den nächsten vier Jahren wagen – Entschlossen handeln für Klima, Frieden, Demokratie und Menschenrechte

Die derzeitige Debatte um europäische strategische Souveränität behandelt die Frage, ob die Europäische Union (EU) ausreichend handlungsfähig ist und wo ihre Fähigkeit, Entscheidungen treffen und durchsetzen zu können, ausgebaut werden muss. Unser Grünes Ziel ist, dass die EU selbstbestimmt die gemeinsamen Werte nach innen lebt und dieses Interesse auch nach außen verteidigen kann. Dazu braucht es multilaterale Allianzen, aber wenn nötig muss die EU auch in der Lage sein alleine voranzugehen. In diesem Papier möchten wir als Grüne BAG Europa Aufgabenbereiche herausarbeiten, in denen die EU ihre Handlungsfähigkeit ausbauen und konkrete Maßnahmen für die nächsten vier Jahren auflisten sollte.

Europäische Souveränität ist dabei kein Selbstzweck: Die Klimakrise macht nicht an Grenzen Halt, multinationale Konzerne agieren global und Supermächte konkurrieren in der Weltordnung. Große Aufgaben können wir nur gemeinsam anpacken. Um eine glaubhafte Akteurin zu sein, müssen wir Demokratie und Rechtsstaat bei uns entschlossen verteidigen und europäische Entscheidungsstrukturen agiler machen. So können wir für fairen Handel, für weltweiten Klimaschutz, für Menschenrechte und Frieden eintreten. Die gemeinsame Impfstoffbeschaffung in der Pandemie hat doch gezeigt: Wenn wir den Trumpf des gemeinsamen Binnenmarktes richtig nutzen, entwickelt die EU Stärke, um globalen Krisen zu begegnen. Doch leider mangelt es an Entschlossenheit, auch international unsere Marktmacht zur globalen Pandemiebekämpfung zu nutzen. Eine Freigabe der Impfstoffpatente wäre ein Beispiel für Handeln entsprechend der eigenen Werte, das allen zugutekommt.

Mehr Souveränität kann die EU auch dadurch erreichen, dass sie international Vorreiterin wird. Ob beim Klimaschutz, beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft oder in der zivilen Krisenprävention: Die EU kann hier Erfolgsgeschichten schreiben. Als BAG Europa fokussieren wir uns daher auf drei große Fragestellungen, um europäische Handlungsfähigkeit auszubauen: 1) Wie können wir im Rahmen unserer Vision der europäischen föderalen Republik Entscheidungsstrukturen agiler machen, um Demokratie und Rechtsstaat entschlossen zu verteidigen? 2) Wie können wir den Binnenmarkt und Handel nutzen, um in der EU und global die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben? 3) Welche multilateralen Impulse und neuen internationalen Allianzen braucht es, damit die EU Akteurin für Frieden und Menschenrechte wird?

1) Handlungsfähigkeit braucht Legitimation und Glaubwürdigkeit: Europäische Werte verteidigen und europäisch entscheiden

Unser Grünes Ziel ist die Föderale Europäische Republik, die demokratische Legitimation der Institutionen stärkt, die EU den Bürger*innen näherbringt und auch ihre Entscheidungsstrukturen agiler macht [1]. Wir sehen die Europäische Föderale Republik als ideale Voraussetzung, um europäische Souveränität auszubauen. Denn wenn wir unsere Werte leben, Rechtsstaat und Demokratie verteidigen und

Entscheidungen schneller und ohne Veto-Blockaden getroffen werden können, haben wir die Instrumente in der Hand, um international aufzutreten. Um dieser Vision in den nächsten vier Jahren näher zu kommen, schlagen wir vor:

- Uns für Transparenz der Verhandlungen in allen Ratsarbeitsgruppen einzusetzen und als möglicher Teil einer Bundesregierung unsere Position in jeder Diskussion öffentlich zugänglich zu machen.
- Bis das Einstimmigkeitsprinzip im Rat überwunden ist in den relevanten Bereichen an intra-europäischen Kooperationen progressiver Mitgliedsstaaten („verstärkte Zusammenarbeit“) mitzuwirken, für deren Entscheidungen das Mehrheitsprinzip gelten soll. Gegebenenfalls können neue intra-europäische Abkommen ähnlich dem Fiskalpakt oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Fiskal- oder Sicherheitsbündnis schaffen, bei dem das Europaparlament volle Mitentscheidungsrechte erhalten soll.
- Den EU-Haushalt durch die Verstetigung von gemeinsamen europäischen Anleihen und mehr öffentlichen Investitionen zu stärken, die Kapital- und Bankenunion weiterzuentwickeln, den Euro weiter zu stabilisieren und zur internationalen Leitwährung auszubauen und so die Eurozone krisenfester zu machen. Dazu gehört mittelfristig auch, dass weitere EU-Länder die Gemeinschaftswährung einführen.
- Außerdem wollen wir die Passerelle-Klausel in EU-Verträgen für den Ersatz der Einstimmigkeit mit Mehrheitsentscheidungen nutzen.
- In Hinblick auf die nächsten Europawahlen für transnationale Listen einzutreten, das Spitzenkandidierenden-Verfahren zu stärken und nur eine Person als Kommissionspräsident*in zu unterstützen, die als Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt wurde.

2) Handlungsfähigkeit heißt unsere Stärke richtig nutzen: Binnenmarkt, Wirtschaft und Handel im Dienst des EU Green Deal

Der größte Binnenmarkt der Welt muss ein Hebel für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und zur Umsetzung des EU Green Deals werden. Damit er mehr globale Lenkungswirkung entfaltet, müssen wir das ausbauen, was ihn auch international so attraktiv macht: Starke Innovationskraft, hohe Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Den Übergang zu einer CO₂-neutralen und digitalisierten Kreislaufwirtschaft auf dem Binnenmarkt müssen wir auch im internationalen Handel und unseren Lieferketten zum Standard machen. Wirtschafts- und finanzpolitisch müssen wir für die Fiskalunion eintreten und den ESM weiterentwickeln. Um Wirtschaft, Handel und Binnenmarkt in den Dienst eines globalisierten EU Green Deal zu stellen, schlagen wir für die nächsten vier Jahre vor:

- Eine starke Klimaallianz mit den USA zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und im Rahmen der COP 26 aufzubauen und gemeinsam den weltweiten Wandel zu gestalten und hierbei als Industriestaaten durch mehr Finanzmittel bei der internationalen Klimafinanzierung für einen gerechten Ausgleich zu sorgen.
- Sich dafür einzusetzen, dass das EU-Emissionshandelssystem reformiert und gleichzeitig das Polluters-Pay-Principle umgesetzt, ein EU-weiter CO₂-Preis auf

alle CO₂-emittierenden Sektoren eingeführt sowie ein CO₂-Grenzausgleich geschaffen wird.

- Sich dafür einzusetzen, Lieferketten diverser und nachhaltiger aufzustellen, um Abhängigkeiten zu verringern. Das erreichen wir durch den Übergang zur Kreislaufwirtschaft, ein ehrgeiziges Lieferkettengesetz sowie Importstopps für Produkte, die beispielsweise aus Zwangsarbeit oder Entwaldung stammen.
- Eine nachhaltige europäische Handelspolitik voranzutreiben, bei der nachhaltige Produktstandards auch auf Importe angewendet werden, und Handelsabkommen nur dann abzuschließen, wenn Menschenrechte, soziale und ökologische Rechte gewahrt werden. Alle bestehenden Handelsverträge müssen auf Einhaltung der Ziele des EU Green Deal geprüft werden. Im Rahmen der WTO-Reform wollen wir uns für Regeln zu nachhaltigen Produktionsstandards einsetzen.
- Sich für fairen Wettbewerb durch verschärfte Kontrollen von ausländischen Direktinvestitionen in der EU und strenge Anti-Subventions- und Anti-Dumpinginstrumente einzusetzen und kritische Infrastrukturen wie 5G-Netze, Häfen, Sicherheitstechnik vor ausländischen Übernahmen zu schützen. Digitale Souveränität durch eine europäische Cloud-Infrastruktur zu stärken, die unseren Datenschutz-Standards entspricht. Zudem sich im Rahmen der laufenden Verhandlungen um die EU-Gesetze zu digitalen Dienstleistungen und digitalen Märkten für hohe Sicherheitsstandards und Verbraucherschutzrechte, für das Aufbrechen von zentralisierter Marktmacht sowie für die demokratische Kontrolle von Plattformen, Social Media und digitalen Inhalten unter europäischer Aufsicht einzusetzen.
- Die neue Konnektivitätsstrategie („Global Gateway“) der EU-Kommission zu unterstützen, in Qualitätsinfrastruktur zu investieren, neue globale Partnerschaften weltweit aufzubauen, um Europa weltweit in strategisch wichtigen Bereichen besser zu vernetzen.
- Die Finanz- und Haushaltspolitik konsequent an der EU-Taxonomie auszurichten und sich dafür einzusetzen, dass die EU-Taxonomie-Verordnung nicht verwässert wird. Außerdem muss eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakt und eine EU-Fiskalunion mit aller Kraft vorangebracht sowie eine europäische Finanztransaktionssteuer endlich auf den Weg gebracht werden.

3) Handlungsfähigkeit braucht multilaterale Allianzen und neue Impulse: Aktiv für Frieden und Menschenrechte

In einer Welt voller alter und neuer Konflikte, andauernder Krisen, konkurrierender Supermächte und struktureller globaler Ungerechtigkeiten braucht es eine aktive EU, die sich gemeinsamen globalen Herausforderungen, wie der Klimakrise oder Corona-Pandemie stellt, und sich präventiv für Frieden und Menschenrechte und globale Gerechtigkeit einsetzt. Klar ist: Das kann die EU nicht alleine. An der Seite internationaler Partner*innen braucht es neue multilaterale Impulse. Damit die EU hier eine aktive Rolle in der Welt einnimmt, schlagen wir für die nächsten vier Jahre vor:

- Für stärkere Kohärenz unter den EU-Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzutreten, bei der die zivile Krisenprävention im Zentrum steht und Beiträge zur internationalen Friedenssicherung vorrangig unter Federführung der Vereinten Nationen (VN) organisiert werden.

- Den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Rolle des*der Hohen Vertreter*in zu stärken, die Mittel für Krisenprävention zu erhöhen und internationale Politik feministisch zu gestalten. Auch die UN, OSZE und der Europarat müssen gestärkt werden.
- Die transatlantische Partnerschaft zu erneuern und mit Ländern wie China und Russland als Wettbewerber, Partner und systemischen Rivalen einen konstruktiven Dialog zu suchen, wo Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht, und gleichzeitig konsequent ein Ende jedweder Menschenrechtsverletzungen zu verlangen.
- Aktive Partizipation der EU in multilateralen Organisationen zu stärken, damit wir uns in die zentralen politischen Debatten von Arbeits- bis Entscheidungsebene aktiv einbringen und europäische Werte, Prinzipien und Interessen verteidigen können.
- Sich stärker dafür einsetzen, dass die EU als Friedensmacht für die Prävention und die Bewältigung von Krisen eintritt. Insbesondere in unserer Nachbarschaft sollte die EU mehr Verantwortung übernehmen und als Vermittlungsinstanz auftreten. Hierfür sollen restriktive Maßnahmen wie wirtschaftliche Sanktionen und das Einfrieren von Konten genutzt werden, um eine wertebasierte Außenpolitik umzusetzen.
- Europäische Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe aktiv auszubauen, um mehr Unterstützung zu leisten.
- Eine aktive Abrüstungspolitik voranzutreiben und dafür einzutreten, die NATO strategisch im Rahmen der laufenden Reformprozesse auf Basis gemeinsamer Werte wie Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte neu auszurichten. Das NATO-2-Prozent-Ziel ist willkürlich, dient diesen Zielen nicht und wird abgelehnt.
- Für eine kontinuierliche Anpassung der Mittel für die humanitäre Hilfe einzusetzen und (auch auf europäischer Ebene) besser mit ziviler Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit zu verzahnen, um nachhaltig die strukturellen Ursachen zu bekämpfen.
- Eine europäische Politik der globalen Vernetzung und Konnektivität voranzutreiben, um neue Partnerschaften aufzubauen und für eine wirkungsorientierte globale Strukturpolitik einzutreten – orientiert am Schutz und der Bereitstellung globaler Gemeingüter, einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Wohlstand sowie Entwicklungschancen für alle .
- Sich für eine intersektional-feministische Außenpolitik einzusetzen.

[1] s. BAG-Beschluss vom 7. Oktober 2018: „Eine Grüne Vision für Europa: Vom Staatenbund zur Föderalen Republik“, [Finalita tspapier BAG Europa.pdf \(gruene-bag-europa.de\)](#)

[2] s. Beschluss der BDK vom 28. Januar 2018, basierend auf dem BAG-Beschluss „Grüne Eckpunkte für eine Agrarpolitik der EU nach 2020“, [V-01 Beschluss Gruene Eckpunkte fuer die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020 -1.pdf](#)